

Herrn Bürgermeister  
Patrick Janik  
und an aller Stadträte der Stadt  
Starnberg

24.06.2021

## Starnberg und die Zweitwohnungssteuer – Kommt süddeutsche v.24.3.2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Janik  
Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte aller Fraktionen, obwohl – so der zu gewinnende Eindruck aus diesem Zeitungsbericht – nun die Vorbereitungen zur Erhebung einer Zweitwohnungssteuer von der Stadt Starnberg anlaufen sollen möchten wir Ihnen von unseren gemachten Erfahrungen rund um die Zweitwohnungssteuer gerne einige Hinweise hiermit übermitteln.

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass uns während der letzten Jahre einige verantwortliche Kommunalpolitiker sich für unsere unaufgeforderten Bedenken und Hinweise zum Thema Zweitwohnungssteuer, in erster Linie in Bayern – aber auch im benachbarten Baden-Württemberg, bedanken und danach froh waren die Zweitwohnungssteuer wegen der hohen Hürden und auch um das bisher friedliche Mit- und Nebeneinander zwischen den Bürgern mit Erstwohnsitz und den Bürgern mit den Zweitwohnsitzen vor negativer Entwicklung zu verschonen.

Dazu machen wir auch Sie gerne aufmerksam mit folgenden Hinweisen:

- Die Zweitwohnungssteuer spaltet in diskriminierender Art und Weise die Gesellschaft!
- Als Kassenfüller sind diese kein geeignetes Element, denn der Verwaltungsaufwand wird stets unterschätzt .
- Die Reaktion der Betroffenen wird kaum öffentlich bekundet, aber diese Bürger sind in der Regel gar nicht so unintelligent – die wirtschaftlichen Folgen mit der fast logischen Zurückhaltung sind nicht messbar – aber einfach praktikabel !
- Die Erwartungen wie hier in Starnberg bei etwas 350 000 € bei einem Steuersatz – wie gerne angepeilt sind bei 20 % nicht nur ein Nullsummenspiel, sondern ein nicht geahntes Defizit, bei ehrlicher Betrachtung !
- Es steht im Grunde heute schon fest, diesen Bürgern wird mit diesem veröffentlichten Zeitungsbericht , auch ohne Übermittlung eines Steuerbescheides, dass alle diese Besitzer einer Zweitwohnung in Starnberg nicht mehr willkommen sind!
- Wer gibt denn schon freiwillig und gern dort Geld aus wo er nicht willkommen ist ?
- Wenn eben von 2 % der Gesamtbevölkerung einer Kommune eine Gefahr ausgehen sollte, dann bedarf es wohl einer besonderen Erläuterung mit Beweisen
- Wie auch aus dem Bericht zu entnehmen wird eigentlich die CSU- Haltung der bayerischen Staatsregierung – mit der eigentlich uns bekannten betrügerischen Vorgehensweise auch - im Stadtrat Starnberg ignoriert und damit auch als erfolgreiches durchsetzbares Instrument befürwortet?????????

Fortsetzung Blatt 2- 4